



Interviews

Datum: 30. Juni 2023

Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) zum Umgang mit der AfD

Philipp May: Für große Teile der Öffentlichkeit war es ein Schock, ein Schock allerdings mit Ansage, dass der AfD-Kandidat Robert Sesselmann im thüringischen Sonneberg am Sonntag zum Landrat gewählt worden ist – trotz eines Gegenkandidaten von der CDU, der von allen anderen Parteien unterstützt wurde. Dazu eilt die AfD auch bundesweit von Umfragehoch zu Umfragehoch. Aktuell liegt sie rund bei 19 Prozent, knapp vor der Kanzlerpartei, der SPD, und das trotz immer radikalerer Tonlage – beim Klimawandel, im Krieg gegen die Ukraine, bei der Migration. Die anderen Parteien finden keinen Umgang mit der AfD. Erste Politiker, wie der ehemalige Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, CDU, die bringen ein Parteiverbot ins Spiel. Und in Thüringen prüft jetzt das Landesverwaltungsamt nachträglich die Eignung Sesselmanns zum Landrat, sprich ob seine Positionen im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind. Über all das können wir jetzt reden mit dem Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Thüringens, Georg Maier, SPD, guten Morgen, Herr Maier.

Georg Maier: Schönen guten Morgen, Herr May.

May: Im Nachhinein zu prüfen, ob man einem siegreichen Kandidaten die Eignung abspricht, um dann wieder gegebenenfalls neu wählen zu lassen, das sieht nach einer linken Nummer aus. Finden Sie nicht?

Maier: Nein, finde ich nicht. Das ist Recht und Gesetz. Das ist die Gesetzeslage in Thüringen und die wenden wir an und da gibt es auch gar kein Ermessen. Es gab ja auch schon im Vorfeld eine Prüfung. Also, es ist ja so, dass natürlich bei der Aufstellung von Kandidaten die Wahlkommission formal prüfen muss, ob die Voraussetzungen gegeben sind. Das ist auch erfolgt, allerdings in einer sehr kurzen Frist. Auch

das ist gesetzlich vorgegeben. Das ist auch sinnvoll so, denn es sollen ja nicht Kandidaten durch irgendwelche Machenschaften im Vorfeld, sage ich mal, davon abgebracht werden oder daran gehindert werden, zur Wahl anzutreten. Insofern kann diese Kommission nur formal prüfen, ob die Voraussetzungen grundsätzlich vorliegen.

May: Ich stelle mir nur gerade vor, was passieren würde, wenn Ihr Landesverwaltungsamt wirklich zu dem Schluss kommt, Robert Sesselmann ist ungeeignet und deswegen gibt es Neuwahlen. Das wäre ja eine wahnsinnige Mobilisierungshilfe für die AfD. Die können dann wahrscheinlich auch einen Besenstiel aufstellen, der im ersten Wahlgang gewählt wird.

Maier: Herr May, ich kann diese Frage nicht politisch beantworten. Ich kann jetzt nicht hingehen und sagen, es könnte jetzt vielleicht sogar nachteilig sein oder einen Vorteil für die AfD bedeuten und deswegen wende ich das Gesetz nicht an. Also, es ist ja auch so, dass ich als Innenminister ... sogar als Innenminister habe ich keinen Einfluss darauf, sondern das ist das Landesverwaltungsamt, also spricht die Rechtsaufsicht und die muss sich an das Thüringer Kommunalwahlgesetz halten und nichts anderes geschieht gerade. Das wird höher gehängt – natürlich auch aus politischen Gründen – von der AfD als es ist.

May: Aber woran bemisst sich denn, ob der Kandidat auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht? Reicht es dafür, einfach nur in der AfD zu sein, die ja nicht verboten ist?

Maier: Nein, das ist nicht der Fall. Diese Prüfung findet statt, in jedem anderen Fall auch, wenn es Hinweise gibt, dass der Kandidat oder bzw. jetzt auch der gewählte Wahlbeamte – und da ist das Wort Beamter ganz wichtig –, wenn es da Hinweise gibt, dass er nicht ... ich schaue jetzt gerade mal parallel in den Text hinein. Dass er nicht die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Das ist die Formulierung im Gesetz. Und wenn es einen Hinweis darauf gibt, dass das gegebenenfalls nicht der Fall sein könnte, muss geprüft werden. Wie gesagt, kein Handlungsspielraum, kein Ermessen. Hier muss geprüft werden. Und es ist nun mal so, dass die AfD in Thüringen vom

Verfassungsschutz beobachtet wird. Der Verfassungsschutz hat die AfD als eine verfassungsfeindliche Bestrebung eingestuft. Die Partei ist nicht verboten, aber diese Einstufung ist jetzt zunächst einmal ein Indiz dafür und deshalb muss geprüft werden.

May: Aber das ist bisher noch nie so angewandt worden? Das ist jetzt auch sozusagen das erste Mal, dass das Landratsamt diese Prüfung vornimmt?

Maier: Na ja, weil es auch zum ersten Mal jetzt eine Wahl gibt, sage ich mal, eines Landrates, wo eben so ein Hinweis vorliegt. Diese Regelung gilt für alle Beamten und insofern wurde sie auch schon angewandt im Beamtenrecht. Das ist ja vollkommen klar. Und das ist halt die Besonderheit. Herr Sesselmann ist mit seiner Wahl quasi Wahlbeamter geworden und er muss jetzt auch die Voraussetzungen erfüllen, die Beamte erfüllen müssen. Und da ist keine politische Machenschaft oder sonst irgendwas dahinter. Das ist ein normaler Prüfvorgang.

May: Ja, okay. Aber dahinter steckt natürlich eine größere Frage. Wenn jetzt ein AfD-Politiker zum ersten Mal, nachdem er in ein Amt gewählt wurde, direkt überhaupt überprüft wird, ob er dieses Amt überhaupt erst antreten darf, ist man da dann nicht auch im Prinzip ganz schnell bei der Debatte um ein mögliches Parteiverbot?

Maier: Das ist ja eine andere ... das ist tatsächlich eine andere Debatte. Was ich noch mal sagen möchte, die Hürden sind da relativ hoch. Also, wie gesagt, die Mitgliedschaft in der AfD reicht da lange nicht aus. Es muss jetzt geprüft werden, ob sich Herr Sesselmann in einer Art und Weise verhalten hat oder geäußert hat, wo man klipp und klar sagen kann, das ist verfassungsfeindlich. Und das möchte ich auch ... das ist ja auch ... die Erwartungshaltung der Menschen ist jetzt, dass wir diese Wahl rückgängig machen, was ja falsch ist, überhaupt nicht der Fall. Weder ich noch sonst irgendwer will eine demokratische Wahl rückgängig machen, sondern wir wenden Recht und Gesetz an und wir haben hier keine anderen Spielräume. Dass es zum ersten Mal in Deutschland halt der Fall ist, dass jetzt ein AfD-Landrat gewählt wurde, ist nun mal so. Damit müssen wir jetzt umgehen.

May: Ja. Aber nur, um das noch mal klarzustellen, allein in der Fraktion neben Björn Höcke zu sitzen und mit ihm zu stimmen, das würde nicht ausreichen, sondern es braucht eine konkrete ...

Maier: Das reicht natürlich nicht aus. Man muss jetzt gucken, ob es Nachweise oder Belege dafür gibt, dass er sich wirklich in auch einer ganz ausgeprägten Art und Weise verfassungsfeindlich verhalten oder geäußert hat.

May: Okay. Ich habe gerade eben schon Marco Wanderwitz ins Spiel gebracht, den ehemaligen Ostbeauftragten der Bundesregierung, CDU-Politiker, der ein Ausschlussverfahren für geboten hält. Das Deutsche Institut für Menschenrechte ist auch kürzlich in die Schlagzeilen geraten, weil es zu dem Schluss gekommen ist, dass die Voraussetzungen für ein Verbotsverfahren der AfD gegeben sind, weil – ich zitiere – „die Partei verfolge eine rassistische nationalvölkische Ausrichtung, sie gehe von einem Volksbegriff auf, der Menschen nach rassistischer Wertigkeit beurteile und sei daher mit dem Volksbegriff des Grundgesetzes nicht vereinbar“. Würden Sie das auch so unterschreiben?

Maier: Ich bin da noch nicht so weit. Ich sehe die AfD tatsächlich auch als eine, wie gesagt, als eine radikale Partei an und ich sehe die Entwicklung, die diese Partei genommen hat. Und ich befürchte, dass sie sich weiter radikalisiert. Und insofern ist das Parteienverbot ... kann man nicht ausschließen. Das ist ein Instrument der wehrhaften Demokratie und das schließe ich auch nicht aus. Die Frage ist halt letztendlich: Wie geht man jetzt mit dieser Partei um, die ja immerhin auch in Umfragen bis zu 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler bundesweit und in Thüringen sind es noch mehr, sage ich mal, für sich gewinnen kann, in Umfragen? So, da kann ich, sage ich mal, muss ich extrem vorsichtig und zurückhaltend das Thema angehen. Denn wenn man hier vorprescht, das geht schief, dann fügt man der Demokratie einen großen Schaden zu. Und das muss man immer im Blick behalten. Insofern glaube ich, dass das Mittel der Wahl jetzt erst mal ist, mit dieser Partei umzugehen, sie politisch zu stellen, herauszustellen – und das fällt ja nicht schwer –, dass sie zum Beispiel extrem wirtschaftsfeindlich ist.

May: Ja.

Maier: Man den Menschen deutlich macht, dass ... diese Partei zu wählen bedeutet zum Beispiel für den Wirtschaftsstandort Thüringen nichts Gutes, nur Schlechtes.

May: Sie sagen, das fällt ja nicht schwer, aber bei den Wählerinnen und Wählern in Thüringen – Sie haben es gerade gesagt, da ist die AfD besonders stark.

Maier: Ja.

May: Da verfängt das überhaupt nicht mit dem Politisch-stellen. Warum nicht?

Maier: Na ja, wir sind da, glaube ich, noch nicht so weit, wie wir das vielleicht auch tun könnten.

May: Sprechen Sie die falschen Themen an?

Maier: Ich glaube, wir leben in einer Zeit, Herr May, mit den Krisen, die es populistischen Parteien momentan auch sehr leicht macht. Diese Parteien leben davon, den Menschen Ängste einzujagen und die Krisen bieten nun mal wesentlich Gelegenheit dazu, ja. Und natürlich sind wir aufgerufen, vonseiten der Politik, alles dafür zu tun, den Menschen auch Sorgen zu nehmen, Ängste zu nehmen. Und das ist in letzter Zeit nicht optimal geglückt, würde ich mal sagen. Gerade das Thema Heizung, was ja extrem hochkocht – und das ist auch hier in Thüringen ein riesiges Thema – ist eines, wo ich sagen würde, da ist in der politischen Kommunikation, sind da auch Fehler gemacht worden, die Ängste verstärkt haben. Davon leben diese Parteien. Also, insofern, die Messe ist hier noch lange nicht gesungen. Wenn es uns gelingt, Krisenpolitik auch so zu gestalten, vor allen Dingen auch die sozialen Themen da in den Vordergrund zu stellen, wie können wir alle mitnehmen, wie können wir Ängste reduzieren, dann wird diese Partei auch gut zu stellen sein mit ihren Argumenten.

May: Sie haben gerade gesagt, was das Verbotsverfahren angeht, da sind Sie noch nicht so weit. Wann sind Sie denn so weit?

Maier: Na ja, wie gesagt, es ist ja eine Entwicklung zu sehen, gerade hier in Thüringen, mit dem Landesvorsitzenden der AfD, Herrn Höcke. Da sind schon Radikalisierungstendenzen. Der radikalisiert sich ja in großen Schritten bzw. die Partei radikalisiert sich. Darauf kommt es ja an. Es kommt ja nicht auf einzelne Mitglieder an. Und das ist jetzt letztendlich ein Prozess, den wir sehr genau beobachten. Der Verfassungsschutz ist da ja auch schon zu der Erkenntnis gekommen, dass es eine verfassungsfeindliche Bestrebung ist. Aber diese Partei muss natürlich auch wirkmächtig sein. Das scheint auch natürlich gegeben zu sein. Also, man muss das beobachten. Aber ich bin noch nicht so weit, ich sage das noch mal deutlich. Ich schließe das nicht aus, aber das ist aus meiner Sicht – jetzt rede ich politisch – nicht das Mittel der Wahl momentan, sondern die kann man auseinandernehmen, die AfD, argumentativ. Was da an Lösungen kommt, ist für unser Land schlecht und das muss noch mal deutlich herausgestellt werden.

May: Wo Sie gerade die Wirkmächtigkeit ansprechen. Das ist ja eine ganz zentrale, eine ganz wichtige Frage. Der thüringische Verfassungsschutz, wir haben es gesagt, bezeichnet zumindest die AfD in Thüringen als gesichert rechtsextrem und ein Verbot der NPD scheiterte ja gerade daran, an der fehlenden Wirkmächtigkeit, weil das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, die Partei ist schlicht nicht relevant genug. Das gilt ja für die AfD nun gerade nicht mehr.

Maier: Ja.

May: Diese Partei ist hochrelevant.

Maier: Die ist relevant, aber sie ist halt auch nicht die NPD. Und man kann sie jetzt nicht 1:1 vergleichen. Das ist nicht möglich. So einfach kann man sich das nicht machen. Sicherlich muss man das weiter sehr eng beobachten. Das habe ich ja gesagt.

May: Ja.

Maier: Aber, dass man jetzt sagt, jetzt ist die Zeit da, die Partei zu verbieten, würde ich so nicht mitgehen wollen. Momentan sehe ich das noch nicht.

May: Jetzt hat gerade eine Studie der Uni Leipzig für Aufsehen gesorgt, wonach ein Viertel der Menschen in Ostdeutschland rechtsextremen Positionen zuneigen. Was machen Sie damit?

Maier: Wissen Sie, das ist jetzt natürlich ... da könnten wir uns noch mal stundenlang drüber unterhalten.

May: Haben wir nicht.

Maier: Haben wir nicht. Ich kann nur Folgendes sagen. Natürlich ist 33 Jahre nach der Deutschen Einheit noch einiges nicht so, wie es sein müsste. Es stellen sich weiterhin soziale und vor allen Dingen Gerechtigkeitsfragen. Warum im Osten weniger verdient wird, deutlich weniger. Warum im Osten die Menschen weniger Vermögen haben und deswegen auch schlechter mit Krisen umgehen können. Da stellen sich ganz viele Fragen. Auch an diesen Werten kann man arbeiten, auch die sind nicht in Stein gemeißelt. Das ist eine politische Frage. Und ich würde mir wünschen in Deutschland, vor allen Dingen auch im Westen, dass man ein bisschen einen anderen Blick, nicht so vorwurfsvoll auf den Osten guckt, sondern gerne mal tiefer einsteigt, was hier eigentlich Sache ist.

May: Nicht so vorwurfsvoll auf den Osten, nicht so vorwurfsvoll auf AfD-Wähler. Wen meinen Sie damit genau?

Maier: Na ja, also sage ich mal so, ich stelle immer wieder fest, dass natürlich im Westen – wie soll ich sagen – das Interesse an Ostdeutschland, also, jetzt, wie soll ich sagen, mal tieferzugehen, mal zu gucken, was eigentlich hier gesellschaftlich, wirtschaftlich, Gerechtigkeitsfragen anbelangt, dass das in der Diskussion in Deutschland, in der politischen Diskussion, auch in Berlin, meines Erachtens nicht den Stellenwert hat, den es längst bräuchte, um noch mal zu gucken: Ist die Deutsche Einheit vollendet oder sind wir hier noch auf dem Weg und müssen wir da noch

mal ordentlich Gas geben, dass dieses Land, das ganze Land, gerechter wird? Und da sind wir noch unterwegs. Und dann lösen sich, meines Erachtens, auch solche Einstellungen und solche Fragen, wie Radikalisierung von gewissen Leuten. Hoffentlich. Ich kann das nicht vorhersehen, aber ich denke mal, das wäre das Mittel, das man anwenden sollte.

May: Georg Maier, SPD und Innenminister Thüringens, stellvertretender Ministerpräsident ist er auch. Herr Maier, vielen Dank für das Gespräch.

Maier: Gerne.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.